

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am
10.09.2008

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 09:10 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 12:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Baum

Mitglieder

Herr Imorde

Anbieterorganisationen

Herr Kläs

Frau Lawrenz

Herr Quennet

Frau Röder

Herr Strothmann

(bis 12.00 Uhr)

Herr Winkelmann

Stellvertretende Mitglieder

Herr Döblin

Frau Eisenheimer

Frau Schaphaus

Frau Schrader

Beratende Mitglieder

Frau Brandi

CDU-Fraktion

(von 10.00 bis 12.00 Uhr)

Herr Donath

SPD-Fraktion

Frau Thielke

BfB-Fraktion

Herr Ohlendorf

Behindertenhilfekordinator

Verwaltung

Frau Bondzio

Amt für soziale Leistungen

–Sozialamt–

Herr Domnick

Schwerbehindertenvertre-

tung der Stadt Bielefeld

REGEmbH

Frau Stücken-Virnau

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

–Sozialamt–

Gäste

Frau Hoppe

Gebärdendolmetscherin f.

Herrn Quennet

LWL -Schulamt-

Herr Lutterbüse

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er schlägt vor, die Tagesordnung um den TOP „Bahnhof Brake“ zu erweitern und ihn im Anschluss an TOP 13 zu beraten. Die Anwesenden stimmen der Änderung der Tagesordnung zu.

Er begrüßt Frau Hoppe als Nachfolgerin von Frau Stark als Gebärdensprachdolmetscherin.

Darüber hinaus schlägt er vor für die heutige Sitzung Frau Krumme vom Amt für Soziale Leistungen – Sozialamt - zur Schriftführerin zu bestellen.

Beschluss:

Frau Krumme wird für die heutige Sitzung zur Schriftführerin bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Verpflichtung des neuen stellvertretenden Mitgliedes im Beirat für Behindertenfragen, Frau Martina Elsenheimer.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzender Herr Baum verpflichtet Frau Martina Elsenheimer als neues stellvertretendes Mitglied im Beirat für Behindertenfragen.

Mit dem Ausscheiden von Frau Dröge ist noch die Mitgliedschaft im Kulturausschuss vakant. Als Nachfolgerin stellt sich Frau Elsenheimer zur Verfügung. Der Beirat für Behindertenfragen fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Frau Elsenheimer wird als Mitglied des Beirates für Behindertenfragen in den Kulturausschuss entsandt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 2

Einwohnerfragestunde

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es gibt keine Fragen.

-:-

Zu Punkt 3 **Niederschrift des Beirates für Behindertenfragen vom 20.08.2008.**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

vertagt

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **Umbenennung Bikis**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzender Herr Baum verweist auf das mit der Tagesordnung versandte Schreiben.

Zu Punkt 4.2 **Informationen zur Neugestaltung des Kunsthallenparkes**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Strothmann teilt mit, dass im Rahmen eines Ortstermins zwischen ihm als Vertreter des Beirates für Behindertenfragen, dem ISB und einem beauftragten Maler weiße Markierungen auf jeder Treppenstufe vereinbart worden seien.

Zu Punkt 4.3 **FH Bielefeld: Seminar zum Thema Behindertenpolitik und Behindertenhilfe in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzender Herr Baum informiert darüber, dass das Seminar zum Thema „Behindertenpolitik und Behindertenhilfe in der Stadt Bielefeld“ erstmalig in diesem Semester angeboten worden sei. Es habe eine gute Resonanz hervorgerufen und es sei beabsichtigt weitere Seminare abzuhalten.

Zu Punkt 4.4 **Stellungnahme des Beirates für Behindertenfragen zum WTG**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme des Beirates für Behindertenfragen zum Wohn- und Teilhabegesetz. Darüber hinaus liege die Stellungnahme des Seniorenrates als Tischvorlage vor (**Anlage 1**). Beide Stellungnahmen seien im Sozial-

und Gesundheitsausschuss (SGA) verteilt worden.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Broschüre Frühförderung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Krumme informiert, dass Frau Hermelingmeier zur Erstellung der Broschüre 1 000,00 € aus den Mitteln des Beirates für Behindertenfragen zur Verfügung gestellt worden seien.

-.-.-

Zu Punkt 4.6 Behindertengerechte Ausstattung der Gesamtschule Rosenhöhe

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die als Tischvorlage verteilte Stellungnahme des Amtes für Schule vom 08.09.08 (**Anlage 2**).

-.-.-

Zu Punkt 4.7 Abschlussbericht ZPE

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Ohlendorf informiert über den Abschlussbericht des ZPE. Die Hochzuzonung werde darin bestätigt. Bei Interesse könne die Datei bei ihm eingesehen werden. Über Einzelheiten des Berichtes würde in einer der nächsten Sitzungen umfassend informiert.

-.-.-

Zu Punkt 4.8 Gewaltprävention "Gewalt gegen Menschen mit Behinderung"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Ohlendorf teilt mit, dass der Sozial-/Kriminalpräventive Rat (SKPR) bereit sei, eine Arbeitsgruppe zum Thema „Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen“ einzurichten.

-.-.-

Zu Punkt 4.9 Hörgeschädigten Verband

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Ohlendorf informiert über ein Treffen des Hörgeschädigtenverbandes am 3. Samstag im Februar 2009. Im Rahmen dieser Veranstaltung

würden sich die Hörgeschädigtenvertreterinnen und -vertreter der Beiräte für Behindertenfragen austauschen. Diesmal werde die Veranstaltung in Bielefeld stattfinden.

-.-.-

Zu Punkt 4.10 Kongress Kooperative Stadtentwicklung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Krumme verweist auf die Einladung zum Kongress „Kooperative Stadtentwicklung.“ Die Veranstaltung findet am 29. und 30. Oktober 2008 in der Stadthalle Bielefeld statt. Für die Mitglieder des Beirates stehen zwei Freikarten zur Verfügung. Als Vertreter des Beirates für Behindertenfragen erklärt sich Herr Winkelmann bereit, an der Veranstaltung teilzunehmen.

-.-.-

Zu Punkt 4.11 Veranstaltung "Gesundheitspolitik gegen Menschen mit Behinderung" -kritische Bestandsaufnahme

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum berichtet über ein Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Seidel. Es sei beabsichtigt, im Mai 2009 eine Veranstaltung zum Thema „Gesundheitspolitik gegen Menschen mit Behinderung – kritische Bestandsaufnahme“ vorzubereiten.

-.-.-

Zu Punkt 4.12 3. Forum Masterplan Wohnen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Winkelmann informiert über eine Veranstaltung in der ehemaligen Markus-Gemeinde am 24.09.08 um 16.00 Uhr zum Thema „Zuhause in der Stadt – Entwicklung innerstädtischen Wohnquartiers“.

-.-.-

Zu Punkt 4.13 Bedienzuschlag der Deutschen Bahn

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass die Deutsche Bahn beabsichtige, einen Bedienzuschlag in Höhe von 2,50 € ab 01.12.08 zu erheben (**Anlage 3**). Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, dieses Thema in der nächsten Sitzung im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes zu behandeln.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 6

Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Winkelmann berichtet aus dem SGA und teilt mit, dass die Änderungen des Beirates für Behindertenfragen in der Beschlussvorlage „Konzept Familienfreundliches Bielefeld, kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder“ umgesetzt worden seien. Aufgrund eines Antrags der CDU-Fraktion sei die Beschlussfassung vertagt worden. Weiterhin wurde der Lebenslagenbericht 2007 vorgestellt. Er merkt kritisch an, dass keine Informationen über die Anzahl von behinderten Menschen ermittelt worden seien, die noch zu Hause leben.

Herr Kläs berichtet aus dem JHA.

Frau Brandi berichtet aus dem Kulturausschuss, dass die Sanierung der Oetker-Halle begonnen habe. Derzeit würde nur die Außenfassade saniert. Mit den Innenarbeiten solle in den Sommerferien 2009 begonnen werden. Sie schlägt vor, dass sich Herr Strothmann mit Herrn Boberg vom Immobilienservicebetrieb (ISB) in Verbindung setzt, um die Sanierung der sanitären Einrichtungen zu besprechen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 8

Weitere Informationen zur Erweiterung der Albatros-Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Herrn Lutterbüse vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Auf Nachfragen von Frau Röder führt Herr Lutterbüse aus, dass Fragen zum Kompetenzzentrum zu inneren Schulangelegenheiten gehören und dadurch nur von Herrn Mengersen, dem Schulleiter der Albatross-Schule, beantwortet werden könnten. Die sehr umfangreiche bauliche Erweiterung der Schule habe nichts mit dem Kompetenzzentrum zutun, sondern sei eine Reaktion auf steigende Schülerzahlen.

Nach seinem Kenntnisstand seien 20 Schulen in Nordrhein-Westfalen vom Land für dieses Modellprojekt ausgesucht worden. In Bielefeld betreffe das die Schule „Am Möllerstift“ und die Albatross-Schule. Derzeit werde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Bielefeld erarbeitet. Eine schulische, therapeutische und pflegerische Beratung ziehe einen großen personellen Aufwand nach sich. Unter den Lehrern herrschen große Sorgen und Ängste, dass sie in den normalen Stundenalltag der Regelschule einbezogen würden. Derzeit laufe eine Befragung im Rahmen eines Fragebogens an allen Bielefelder Schulen, in denen Lehrer ihre Erfahrungen bei der Beschulung behinderter Kinder mitteilen sollen. Zum Start des Kompetenzzentrums verweist er auf eine z. Z. arbeitende Projektgruppe, die den Start der Kompetenzzentren plane. Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Ausführungen.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum unterbricht um 09.45 Uhr die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 09.55 Uhr fortgesetzt.

Zu Punkt 9 **Bericht der Heimaufsicht für das Jahr 2007**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2009/5394

Herr Ohlendorf informiert über die wesentlichen Punkte der Informationsvorlage. Herr Döblin, Herr Ohlendorf, Herr Kläs, Herr Winkelmann und Herr Imorde beteiligen sich an der anschließenden Diskussion.

Der Beirat für Behindertenfragen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis

-.-.-

Zu Punkt 11 **Sachstandsbericht Quartiershelfer**

(vorgezogene
Beratung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Stücken-Virnau erläutert die wesentlichen Punkte der mit der Einladung versandten Präsentation. Mit Beginn des Job-Perspektivgesetzes sei die Grundlage für die Beschäftigung von Quartiershelferinnen und -helfern geschaffen worden. Bis dahin waren Maßnahmen für Menschen mit erheblichen Arbeitsmarkthemmnissen immer zeitlich begrenzt. Man habe nur aktivieren und qualifizieren können. Eine Perspektive konnte man nicht bieten. Aufgrund des § 16 a SGB II bestehe die Möglichkeit, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu schaffen. Zunächst seien 100 Stellen vorgesehen, die mit 75 % vom Bund gefördert würden und mit 25% (eingesparte Kosten der Unterkunft) von der Stadt Bielefeld kofinanziert würden, sofern der Arbeitsplatz zusätzlich und im öffentlichen Interesse liegend bei einem Träger oder einem gemeinnützigen Verein eingerichtet werde. Derzeit werde geprüft, ob die 25%ige Bezuschussung zur Kostenneutralität oder besser noch zu einer Reduzierung der Kosten der Unterkunft führe. Sollte eine Bezuschussung über die bereits be-

schlossenen 100 Stellen hinaus möglich sein, sei die REGEmbH in der Lage, auch mehr Personen zu vermitteln. Fragen von Frau Röder, Herrn Domnick und Herrn Döblin werden von Frau Stücken-Virnau beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Berichterstattung.

-:-

Zu Punkt 12
(vorgezogene
Beratung)

Neues stellvertretendes Mitglied im Beirat für Behindertenfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum schlägt als Nachfolge für Herrn Urbigkeit in der Stellvertretung im Interventionsbereich „Bebaute Umwelt und Verkehr,, Frau Gisela Finzel vor.

Beschluss:

Beirat für Behindertenfragen wählt Frau Gisela Finzel zum neuen stellvertretenden Mitglied des Interventionsbereichs „Bebaute Umwelt und Verkehr“.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Vorsitzender Herr Baum unterbricht um 11.00 Uhr die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 11.15 Uhr fortgesetzt.

Zu Punkt 10

Sachstandsbericht Persönliches Budget

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Bondzio informiert darüber, dass derzeit 98 Bielefelder Bürgerinnen und Bürger ein Persönliches Budget hätten, davon würden vom LWL 86 und von der Stadt Bielefeld 12 Persönliche Budgets finanziert. Bei allen laufenden Persönlichen Budgets sei die örtliche oder überörtliche Sozialhilfe Leistungsträger. Es gebe kein trägerübergreifendes Persönliches Budget. Die Persönlichen Budgets des LWL seien alle von psychisch erkrankten Frauen und Männern beantragt. Bei den Persönlichen Budgets der Stadt Bielefeld verteile es sich auf unterschiedliche Personengruppen und Hilfearten wie:

- Pflegeleistungen (Haushalt und Pflege),
- Frühförderung,
- Familienunterstützende Dienste und andere.

In Bielefeld gebe es die besondere Situation, dass es für Teilhabeleistungen an Arbeit und Beschäftigung das sogenannte Aktivierungsbudget gebe. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus dem Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- vermitteln hieraus -in Zusammenarbeit mit der REGEmbH- Frauen und Männer, die SGB XII-Leistungen beziehen in Maßnahmen oder auch für den Einzelfall passende Beschäftigungen. Dies werde und könne auch als Persönliches Budget vereinbart werden. Auf Nachfragen von Herrn Winkelmann, Herrn Imorde und Frau Röder

führt Frau Bondzio aus, dass die Bereitstellung einer Budgetassistenz für geistig behinderte Menschen im Rahmen einer Zielvereinbarung vereinbart werden könne. Wenn darüber hinaus ein Bedarf bestehe, könne die Person an das Café 3b vermittelt werden. Dort würde ein Stellenanteil von der Stadt Bielefeld für die Beratung im Rahmen des Persönlichen Budgets finanziert. Lohnkostensteigerungen von Beratungsdiensten und Anbietern würden im laufenden Vertrag nicht zubuchen schlagen, da die Dienste an Rahmenvereinbarungen gebunden seien bzw. die Zielvereinbarung auch für -in der Regel- sechs Monate vereinbart würden. Anträge für ein Persönliches Budget von stationären Leistungsbezieherinnen und -bezieherern seien bisher nicht eingegangen. Sollte der Wunsch zur Regelung eines Pflegebedarfs im Rahmen des Persönlichen Budgets geäußert werden, würde bei der Pflegestufe 0 zunächst auf die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- verwiesen werden. Ab Pflegestufe 1 würde das Gesundheitsamt hinzugezogen.

Die Erfahrungen mit den Persönlichen Budgets zeigen, dass ein intensiver Austausch zwischen dem Leistungsberechtigten (oder dessen Vertreter) und der Fachkraft vorausgesetzt werden müsse. So könne es in fast allen Fällen zu nachvollziehbaren, transparenten und vor allem für den Leistungsberechtigten zu einer erfolgreichen und wirkungsvollen Unterstützung führen.

Kaum eine Budgetnehmerin bzw. ein Budgetnehmer verwalte seine gesamten budgetfähigen Sozialleistungen selbst. In fast allen Fällen werde nur ein Teilbetrag als Persönliches Budget ausgezahlt. Die Nachfrage steige kontinuierlich, es seien jedoch nur wenige Antragstellerinnen und Antragsteller aus dem Personenkreis der körperlich und geistig behinderten Menschen.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Berichterstattung.

-.-.-

Zu Punkt 13

Halteverbot Riedweg und Brakhofstrasse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Ohlendorf erläutert die Verkehrs- und Straßensituation im Bereich Riedweg und Brakhofstraße. Der Riedweg sei tagsüber leer; nur am Feierabend sei er mit Fahrzeugen zugestellt. Auf der Brakhofstraße bestehe bereits ein Halteverbot, das als nicht ausreichend angesehen werde. Zur besseren Rangiermöglichkeit für die Fahrzeuge des Roten Kreuzes, die die Einrichtung „Alt und Jung“ anfahren, sei eine Ausweitung des Halteverbotes notwendig.

Beschluss:

1. Der Beirat für Behindertenfragen sieht im Bereich des Riedwegs mit Blick auf die grundsätzliche Ausrichtung der dortigen Wohnanlagen zur Stedefreunder Str. nicht die durch das Straßenverkehrsrecht vorgegebene „zwingende Erforderlichkeit“ zur Einrichtung von Halte-/ Parkverboten gegeben.

2. Im Bereich Brakhofstr. wird jedoch das eingerichtete Halteverbot im Einfahrtbereich zur Wohnanlage des Vereins „Alt und Jung“ als nicht ausreichend betrachtet. Der Beirat für Behindertenfragen befürwortet hier auch auf der Gegenseite des Einfahrtbereichs ein Halteverbot einzurichten, damit hier ausreichende Wendemöglichkeiten für größere Fahrzeuge der Behindertenfahrdienste sichergestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Bahnhof Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum macht seine Zustimmung zur Sanierung des Bahnhofes Brake von dem festgestellten Bedarf abhängig. Er schlägt deshalb vor, dass die Bezirksvertretung Heepen den Nutzungsumfang durch die Bürgerinnen und Bürger feststelle. Darüber hinaus verweist Vorsitzender Herr Baum auf ein Schreiben der Deutschen Bahn vom 28.03.08, in dem zum behindertengerechten Umbau des Zugangs zum Braker Bahnhof in Bielefeld Stellung genommen wird (**Anlage 4**). Da der Einbau eines Aufzugs scheinbar nur mit immensem Aufwand möglich ist, sollte man den Einbau eines Treppenliftes in Erwägung ziehen. Des Weiteren fehlen Kontrastierungen und taktile Führungssysteme für blinde und sehbehinderte Menschen. Diese Nachrüstung sei seiner Meinung nach mit überschaubaren Mitteln erreichbar. Aus der Mitte des Beirates wird die Bedarfsfeststellung in Form eines Aushangs vorgeschlagen. Frau Röder sieht einen Aushang als nicht ausreichend an, da behinderte Menschen, die von dem nicht behindertengerechten Zugang Kenntnis hätten, den Bahnhof derzeit nicht nutzen würden. Als geeignetes Mittel einer Bedarfsfeststellung sehe sie einen Aufruf im Stadtteilblatt bzw. in der örtlichen Tageszeitung.

Der Beirat für Behindertenfragen fasst daher folgenden

Beschluss:

1. Der Beirat für Behindertenfragen stellt fest, dass der Braker Bahnhof weder für Menschen mit und ohne Behinderung barrierefrei ausgestattet ist und die Herstellung der Barrierefreiheit nach Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen (BGG NRW) mit erheblichen Aufwendung verbunden ist.
2. Zur Durchsetzung der Forderung nach einem behindertengerechten Zugang mittels Treppenlift bittet der Beirat für Behindertenfragen die Bezirksvertretung Heepen per Aufruf die potentielle Nutzung durch Rollstuhlfahrer und stark bzw. außergewöhnlich gehbehinderte Menschen feststellen zu lassen.
3. Unabhängig davon bittet der Beirat für Behindertenfragen die

**Deutsche Bahn zunächst für ausreichende Kontrastierungen
und taktile Leitsysteme Sorge zu tragen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Berichte und Mitteilungen an die Presse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es gibt keine Berichte oder Mitteilungen.

-.-.-

Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.